

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Landesvorsitzender:

**Ottmar Ilchmann, Reinekestr. 6, 26817 Rhaderfehn, 0176 – 45000760,
o.ilchmann@yahoo.de**

Pressemitteilung

Wegfall der Ausgleichszulage ist ein verheerendes Signal für Grünlandbewirtschaftung und Weidetierhaltung in Niedersachsen

Die Ausgleichszulage für Grünland in benachteiligten Gebieten, die von der vorigen rot-grünen Landesregierung eingeführt worden war, war ein erster Schritt zur Stützung der Grünlandbewirtschaftung und zu einer deutlichen Stärkung der Weidetierhaltung. Gerade im Zusammenspiel mit dem Weidemilchprojekt war sie geeignet, die Einkommen von Weidetierhaltern und speziell Milchbauern zu stabilisieren. Deshalb kritisiert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Niedersachsen/Bremen den jetzt angekündigten kompletten Wegfall dieser Prämie scharf. „Gerade vor dem Hintergrund des wieder schwächelnden Milchmarktes sind diese Zahlungen für die Grünlandbetriebe unentbehrlich, ihr Wegfall ist ein verheerendes Signal,“ so Ottmar Ilchmann, AbL-Landesvorsitzender und Milchbauer in Ostfriesland. Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast verspiele mit dieser Entscheidung gleich zum Amtsantritt viel Vertrauen bei betroffenen Bäuerinnen und Bauern.

Nicht nachvollziehbar sei, dass auch die von ihrem grünen Amtsvorgänger angekündigte Einführung einer Weideprämie nicht weiter verfolgt werde. Diese sei noch geeigneter, gezielt mittelständisch-bäuerliche Betriebe mit einer flächengebundenen und besonders artgerechten Tierhaltung zu fördern. „Es sind genau diese Betriebe, die tendenziell nicht zur ruinösen Überschussproduktion von Milch beitragen und sich hoher gesellschaftlicher Anerkennung erfreuen, weil sie das Landschaftsbild und die Lebensräume z.B. für Wiesenvögel erhalten,“ so Johanna Böse-Hartje, Milchbäuerin bei Verden und Vorstandsmitglied der AbL. Deshalb fordere die AbL die Landesregierung auf, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen seien die finanziellen Gründe, die die Ministerin anführe, nicht stichhaltig. Auch der rot-schwarzen Landesregierung müsse der Erhalt der Weidetierhaltung und der bäuerlichen Betriebe etwas wert sein.

24.01.2018